Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei monatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 6. | Dresden, Donnerstag den 9. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung meldet, ist Bethmann in der Finanzminister-Konferenz für eine Vermögenszuwachssteuer eingetreten, die die Agrarier vollständig freiläßt.

Eine von der Post gebrachte Meldung über eine neue Heeresvorlage wird vom Kriegsministerium dementiert.

In der Frage der ägäischen Inseln bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Tripelentente und Dreibund.

In Neuyork hat sich die Zahl der streikenden Näherinnen um 12 000 vermehrt.

Auf der Grube Krankenfold bei Saarbrücken wurden vier Bergleute verschüttet. Einer wurde getötet.

Bei dem Einsturz einer Hausmauer in Rom wurden zwölf Personen getötet.

Die Eröffnung des preußischen Wahlkampfes.

Auf dem Parteitag, der in den letzten Tagen in Berlin stattfand, hat die preußische Sozialdemokratie ihren Aufmarsch für die im Sommer zu erwartenden Neuwahlen des Abgeordnetenhauses vollzogen. Der überaus starke Besuch des Parteitages, der fast den Umfang eines allgemeinen deutschen Parteitags annimmt, sowie der treffliche Verlauf der Beratungen zeigen, daß das Interesse und das Verständnis der Arbeiterklasse in Preußen an den Angelegenheiten ihres Staates in stetigem Wachsen ist, daß der Wille, aus dem heutigen preußischen Elend herauszugelangen, nicht erlahmt, sondern stets kraftvoller und umfassender sich geltend macht. Durch alle Beratungen dieses Parteitages zog sich die Erkenntnis, daß der Kampf um die Befreiung Preußens ungeheure Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden hat, aber auch die Ueberzeugung, daß diese Aufgabe der größten Anstrengungen wert ist und daß diese Anstrengungen mit dem Aufgebot aller Kräfte gemacht werden müssen.

In dem Bericht über die Tätigkeit der preußischen Landtagsfraktion, in dem Vortrag und in der Diskussion über die Lage der preußischen Landarbeiterschaft wurde das wirtschaftliche und politische Elend des preußischen Junkerstaates wiederum gekennzeichnet. Aber das Hauptinteresse des Parteitags war naturgemäß auf die Frage gerichtet: Wie soll die Arbeiterklasse dieses Elend überwinden, wie kann sie die bevorstehenden Wahlen benutzen, um Preußen ein Stück vorwärts zu schieben? Ein Fortschritt in Preußen ist nicht denkbar ohne die Beseitigung des schmachvollen Dreiklassenwahlsystems, — wie kann dieses Ziel durch die Wahlen unter eben diesem Wahlsystem gefördert werden?

Vor einiger Zeit trat die Meinung innerhalb unserer Partei auf, daß es bei den nächsten Wahlen in Preußen, da sozialdemokratische Mandatsvermehrungen in irgendwie größerer Zahl unmöglich sind, darauf ankommen müsse, Junker und Klerikale zu schwächen, Liberale zu unterstützen. Es solle das Antlitz des Dreiklassenhauses umgeändert werden und dann sollten die verstärkten liberalen Parteien zeigen, ob sie gewillt und fähig seien, dem Volke ein besseres Wahlrecht zu gewinnen. Dieses Ziel solle dadurch erreicht werden, daß die sozialdemokratischen Wähler in den Kreisen, wo unsere Partei nicht aus eigener Kraft zu siegen vermag, sogleich für liberale Wahlmännerkandidaten eintreten, sofern diese bestimmte Zusagen in der Wahlrechtsfrage machen. Die weit überwiegende Mehrheit der preußischen Partei hat jedoch diesen Auffassungen widerstanden. Die Wortführer der Mehrheit warnten vor Ueberschätzung der Liberalen. Diese würden, wenn sie wirklich in stärkerer Zahl durch sozialdemokratische Hilfe gewählt würden, ihre etwaigen Zusagen doch nur sehr schlecht halten. Es sei aber auch bei der Struktur des Wahlsystems überhaupt ausgeschlossen, eine sehr große Zahl Liberaler durchzubringen. Unsere Partei dürfe auf so unsichere Aussichten hin keineswegs ihre Selbständigkeit aufgeben. Vielfach würde es unter den Arbeitern gar nicht verstanden werden, daß sie ohne weiteres Liberale wählen sollten, und es würde solche Wahltaktik eher zur Erschlaffung des ganzen Wahlkampfes führen. Aus diesen Erwägungen heraus schlug die preußische Landeskommission ihre Thesen für die Wahltaktik vor, die in der Hauptsache darauf hinausgehen: zuerst Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner, selbständiger Kampf auf der ganzen Linie, dann bei Stichwahlen — sowohl bei der Wahlmännerwahl als auch bei der Abgeordnetenwahl — Unterstützung der Liberalen, wenn sie für das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht eintreten und Gegenleistungen für die Sozialdemokratie zusichern. Der Landtagsabgeordnete Genosse Paul Hirsch hat auf dem Parteitage diese Thesen in einem umfassenden vorzüglichen Referat befürwortet. In der Diskussion kamen die abweichenden Meinungen in ihren verschiedenen Nuancierungen zur Geltung. Besonders die Genossen Bernstein, Landsberg und Klühs traten dafür ein, daß wir an die Liberalen, wie sie nun einmal beschaffen seien, hohe Anforderungen nicht stellen, daß wir das Verlangen der Gegenleistungen nicht zu scharf halten dürften. Ihnen traten außer Hirsch besonders Ströbel, Karl Liebknecht, Adolf Hoffmann entgegen.

Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß schließlich diese abweichenden Meinungen nach der gegenseitigen Aussprache in einen einmütigen Beschluß ausklangen. Die Befürworter der Landeskommissionsthesen kamen den Vertretern der weitergehenden Unterstützung der Liberalen dadurch entgegen, daß sie bei aller Festhaltung an den Grundsätzen ihrer Wahltaktik doch einen etwas freieren Spielraum für die in der Wahlzeit endgültig zu fassenden Beschlußfassungen einräumten. Hierin erblickten die Genossen der abweichenden Meinung ein gewisses Zugeständnis an ihre Auffassung und so erklärten sie, auf die von ihnen eingebrachten Anträge verzichten und für die Thesen der Landeskommission stimmen zu können. Damit ist auch diese schwierige Frage der Wahltaktik zum Austrag gebracht worden.

Welche Wahltaktik auch immer für die beste und erfolgreichste angesehen werden mag, darüber hat sich auf dem Berliner Parteitag einhellige Uebereinstimmung bekundet, daß der Kampf um Preußens Befreiung in der bevorstehenden Zeit mit aller Kraft und Wucht aufgenommen werden soll. Es gilt, die Zeit der Wahlen auszunutzen für die Aufklärungsarbeit über die preußischen Mißstände. Es gilt, die Massen mehr denn je aufzurütteln und mit Empörung gegen ihre Entrechtung zu erfüllen. Es gilt, alle Bemühungen aufzuwenden, daß der Protest des Volkes gegen seine Vergewaltigung am Tage der Wahlen sich überwältigend groß, machtvoll und eindrucksvoll gestaltet.

* * *

Bemerkenswert ist die verständige Stellungnahme des Berliner Tageblatts zu dem Beschlusse des Parteitags:

„... Es kommt dazu, daß, wenn auch nicht in dem Wortlaut der Resolution, die heute auf dem sozialdemokratischen Preußentage angenommen worden ist, so doch in den Aeußerungen einzelner Vertreter sich die scheinbare Kluft zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie nicht unerheblich vermindert hat. Selbst Herr Hirsch hat zugegeben, daß die Fortschrittliche Volkspartei in den letzten Jahren in der Wahlrechtsfrage eine entschlossenere Haltung gezeigt habe. Er hatte auch ganz recht mit seiner Bemerkung, daß, wenn die Fortschrittler den Reaktionär wählten, nicht die Sozialdemokratie, sondern der Fortschritt die Reaktion stärke. Worauf es schließlich ankommt, das ist, daß bei den kommenden Landtagswahlen zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie Gegenseitigkeit geübt wird. Dafür sind wir von Anfang an eingetreten, und wir können nur wiederholen, daß uns hier der Schlüssel zu einer Verstärkung der Linken bei den kommenden Landtagswahlen zu liegen scheint.

Daß die jetzt vom Preußentage angenommene Resolution einem taktischen Zusammengehen zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten nicht durchweg günstig sei, das haben wir wiederholt ausgeführt, und wir brauchen es nicht zu wiederholen. Aber man darf auch nicht so weit gehen, zu behaupten, daß sie eine solche taktische Verständigung geradewegs verhindert. Es kommt noch mehr als auf eine theoretische Resolution auf ihre praktische Anwendung an. So viel wir sehen, soll durch die angenommene Resolution nicht ausgeschlossen werden, daß auch Ausnahmen zugelassen werden, wo ihre strikte Durchführung sich als unmöglich erweist. Notwendig ist dabei, daß auch der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber Entgegenkommen zeigt. Man darf erwarten, daß der Wille dazu, der zweifellos vorhanden ist, sich auch in entsprechenden Taten äußert. Geschieht es, dann wird zwar noch keine Garantie für einen neuen Kurs in Preußen geschaffen sein — das ist unter dem geltenden Dreiklassenwahlrecht ausgeschlossen —, aber man wird auf eine Phalanx rechnen können, die stärker und entschlossener als bisher dem Dreiklassenwahlrecht zu Leibe geht und seine Beseitigung auch gegen den Willen der heute noch in Preußen allmächtigen reaktionären Kräfte erzwingt."

Bethmann, der Knecht der Drückeberger.

Ueber den Stand der Vorbereitungen der Besitzsteuervorlage erfährt die Chemnitzer Allgemeinen Zeitung im Gegensatz zur Kölnischen Zeitung, daß die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister am Sonnabend mit einer vollständigen Scheidung der Geister geendet habe.

Es sei nicht einmal gelungen, auch nur über die Grundzüge des vorzubereitenden Entwurfes eine prinzipielle Einigung herbeizuführen, denn der Reichskanzler will mit Rücksicht auf den preußischen Landtag, dem er als Ministerpräsident für seine Schritte im Bundesrate verantwortlich ist, die Vermögenszuwachssteuer vorschlagen, die nur die beweglichen und die in der Industrie arbeitenden Vermögen trifft. Dabei leite den Kanzler auch die Rücksicht auf das Zentrum und die Konservativen sowie der Gedanke, nicht noch einmal von der Linken des Reichstages ein großes Gesetz gegen die Rechte annehmen zu lassen.

Die Einzelstaaten dagegen, mit Ausnahme derer, die wirtschaftlich und politisch von Preußen abhängen, sind im Prinzip für die Wiedereinbringung einer Erbschaftssteuervorlage oder, falls diese keine Aussicht auf Annahme im Reichstage hat, für eine Einigung auf der Grundlage etwa der Dewitzschen Erbzuwachssteuer-Vorschläge. Sie sind entschlossen, mit Rücksicht auf ihre eigenen Finanzen den äußersten Widerstand gegen einen Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten Vermögenssteuer zu leisten. Die innerpolitische Lage kennzeichne sich dahin, daß zur Reichsregierung und zu Preußen die Kleinstaaten mit Ausnahme der Freien Reichsstädte stehen, zusammen etwa 31 Stimmen im Bundesrat, also eine knappe Mehrheit, falls der Kanzler seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen versuchen sollte.

Bethmanns heißestes Bemühen ist es, die Besitzsteuervorlage so zurechtzuwurfteln, daß auch die Herren Junker Ja und Amen dazu sagen. Sollte es sich so verhalten, wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung meldet — und ihre Meldungen klangen durchaus nicht unglaubhaft —, so würde das allerdings der Gipfel sein. Eine Vermögenszuwachssteuer, die von vornherein den Vermögenszuwachs freiläßt, der bei Angehörigen einer bestimmten Kaste eintritt, ist ein Klassenprivileg, das selbst für den preußisch-deutschen Junkerstaat unerhört wäre.

Auch der allerzahmste Professor der Finanzwissenschaft würde eine solche Steuer als eine schreiende Ungerechtigkeit empfinden. Schwer seufzt das deutsche Volk unter der Last der Teuerung, die zum größten Teil die Folge unserer Handelspolitik ist. Dieselbe Politik, die es dem armen Manne oft unmöglich macht, sich und die Seinen genügend zu ernähren, hat den Herren Agrariern die Taschen gefüllt. Ihr Vermögen wächst infolge des Zollwuchers und der Absperrung der Grenzen kolossal. Täglich berichten die Zeitungen davon, wie gewaltig die Güterpreise gestiegen sind. Aber Bethmann ist ängstlich darauf bedacht, daß den Herren um Gotteswillen von ihrem Raube auch nicht ein Pfennig genommen wird.

Der Arbeiter, der Angestellte, der Kaufmann, der Industrielle, alle sollen sie zur Deckung der steigenden Reichsausgaben beitragen, nur der Junker nicht, der so oft so tut, als wenn er den wahren, den echten und rechten Patriotismus in Erbpacht genommen hat, und mit seinem großen Munde tagaus, tagein gewaltige Opfer für Kaiser und Reich auf den Altar des Vaterlandes niederlegt.

Wahrlich, die Staatsmänner, mit denen Preußen-Deutschland bisher gesegnet war und die zumeist selbst aus der edlen Junkerkaste stammten, haben dem deutschen Volke so mancherlei zu bieten gewagt, um die Habgier der agrarischen Herrenschicht zu befriedigen. Bethmanns höchster Ehrgeiz ist es offenbar, alles bisher Dagewesene noch zu überbieten.

Die Ursachen der Teuerung.

Kr. Als im Laufe der verflossenen Jahre die Entstehungskosten für Industrieprodukte fortwährend zurückgingen, während trotzdem die Warenpreise stiegen, löste diese Entwicklung merkwürdigerweise keine Klagen über eine Teuerung aus. Dieser Umstand findet wohl seine Erklärung im gleichzeitigen Sinken der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, oder doch im Beharren derselben, bei steigenden Löhnen. Nachdem indessen auch bei allen landwirtschaftlichen Produkten, durch die Zollpolitik des Deutschen Reiches begünstigt, eine scharfe Aufwärtsbewegung des Preises einsetzte, wurde die Verteuerung doppelt fühlbar. Das erscheint um so begreiflicher, weil besonders die Ernährung den größten Teil des Arbeitereinkommens verschlingt, und weil jegliche Verteuerung auf diesem Gebiete zu höchst fühlbaren Einschränkungen der ohnehin knappen Rationen zwingt. Welchen erschreckenden Umfang dieser Verzicht bereits genommen hat, darüber geben gelegentliche Notizen in der Arbeiterpresse Aufschluß. An der Hand amtlicher Zahlen aus den Jahrbüchern der Städte Dresden und Nürnberg wollen wir zu diesem Kapitel ein weniges beitragen. Danach ging in Dresden in der Zeit von 1890 bis 1910 der Verbrauch an Brotgetreide pro Kopf von 123 auf 105 Kilogramm zurück, während der Fleischverbrauch von 72 auf 57 Kilogramm gesunken ist. Um zu wissen, auf wessen Kosten die Einschränkung erfolgt ist, sei darauf hingewiesen, daß sich der Wild- und Geflügelkonsum nur von 3,90 auf 3,52 Kilogramm verminderte. In Nürnberg sank seit 1891 bis 1909 der Mehlverbrauch pro Kopf von 112 auf 100 Kilogramm, und die verbrauchte Fleischmenge von 67 Kilogramm auf 54 Kilogramm. Daß angesichts solcher Zahlen der Rat, etwas weniger gut zu leben, von den Arbeitern als blanker Hohn empfunden werden muß, ist nur zu erklärlich, und daß fortgesetzte Preissteigerungen eine gewaltige Erbitterung auslösen müssen, versteht sich am Rande.

Indessen sollte man vermeiden, blindlings zu urteilen, und versuchen, zu ergründen, welches Ursachen und Folgen der Preissteigerungen sind. Kenntnis dieser Umstände vermittelt dann auch Einsicht über den Weg zu ihrer Beseitigung. Kann man die volksverwüstende Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse insbesondere mit erhöhten Entstehungskosten begründen? Wenn ja, dann wäre die Preissteigerung zum mindesten verständlich, wenn auch in solchem Falle bestritten werden müßte, daß dann der Staat das Recht hat, die Grenzen gegen billigere Nahrungsmittel zu sperren. Die eben gestellte Frage beantworten, heißt jedoch nichts mehr und nichts weniger, als enthüllen, daß keinerlei, aber auch gar kein Grund für eine Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsartikel für die Ernährung vorliegt. Man kann den schlüssigen Beweis für diese Behauptung ziemlich einwandfrei, sogar an der Hand amtlichen Materials bezw. mit den Ausführungen der angesehensten Wissenschafter führen.

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 schätzte Professor Dr. K. Ballod in seinem Referat über

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130109/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG